



## **Grüne Jugend Bayern**

Landesgeschäftsstelle  
Sendlinger Straße 47  
80331 München  
fon: 089- 211597- 20  
fax: 089- 211597- 24  
www.gj- bayern.de  
vorstand@gj- bayern.de  
buero@gj- bayern.de

### **Computerspiele als reguläres Medium anerkennen**

Über 11 Millionen Menschen in Deutschland spielen regelmäßig Computer- und Videospiele. Der Medienmarkt, welcher in den letzten Jahren rapide expandiert ist, gilt als einer der absatzstärksten – in Deutschland und weltweit. Seine Zielgruppe ist ausgesprochen breit gefächert: SpielerInnen gibt es in allen Gesellschaftsschichten und Altersgruppen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb, Computer- und Videospiele endlich als gleichberechtigtes und gleichwertiges Medium neben Buch, Film und Musik anzuerkennen und mit dem nötigen gesellschaftliches Respekt und unvoreingenommener Offenheit zu behandeln.

### **Spieleentwicklung in Deutschland stärken**

Obwohl Deutschland einer der europaweit größten Absatzmärkte für Computer- und Videospiele ist, gibt es hierzulande kaum Entwicklerstudios. Insbesondere vor dem Hintergrund des starken Marktwachstums werden hier Chancen vergeben, in einem Zukunftsmarkt eine führende Position einzunehmen. Ein zentrales Problem der Computer- und Videospieleentwicklung ist der fehlende Nachwuchs; um diesem Nachwuchsmangel zu begegnen, sollen entsprechende Studiengänge und -schwerpunkte stärker als bisher gefördert werden. Ein berufsqualifizierender Abschluss darf sich nicht nur auf akademischer Ebene entwickeln. Deshalb fordern wir die Einführung eines breiten Studien- sowie Lehrangebots mit Schwerpunkt Videospieleentwicklung sowohl an Universitäten, als auch an staatlichen Berufsschulen.

### **Förderung ermöglichen**

Computer- und Videospiele jeglichen Genres sind Kulturprodukte, welche mit Filmen, Musikstücken und literarischen Werken konkurrieren. Daher ist die Aufnahme der Computer- und Videospiele in entsprechende Förderprogramme notwendig. Die Rahmenbedingungen der Förderung sollten sich dabei an den Möglichkeiten der Filmförderung orientieren. Die GRÜNE JUGEND Bayern spricht sich deshalb auch für die Aufnahme von Computer- und Videospiele in das Medienförderprogramm Media Plus aus.

### **Keine Diskriminierung beim Jugendmedienschutz**

Auch im Bereich des Jugendmedienschutzes fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Gleichbehandlung von Computer- und Videospiele mit Filmen. Ein Verbot von Ego-Shootern, welche in der aktuellen Diskussion polemisch als "Killerspiele bezeichnet werden und deren flächendeckendes Verbot im Koalitionsvertrag von Union und SPD vorgesehen ist, lehnen wir grundsätzlich ab. Die bestehenden Regelungen und Kontrollen durch die USK und die BPJM, sowie gesetzliche Rahmenbedingungen reichen aus, um gewaltverherrlichende und in sonstiger Weise jugendgefährdende Medien zu regulieren. Die Steigerung des Gewaltpotentials junger Menschen durch den Konsum von Computer- und Videospiele, insbesondere Ego-Shootern, ist

wissenschaftlich höchst umstritten. Ein grundsätzlich weitergehendes Verbot würde deshalb einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Rechte der/des Einzelnen darstellen.

### **Verbot löst keine Probleme**

Wir bestreiten nicht, dass bei Jugendlichen mit einem ausreichend psychisch labilen Potential der Konsum von Ego-Shootern durch das simple, wie auch beliebte Grundprinzip von (Tötungs-)Handlung und Belohnung unter Umständen zum Herabsenken der Hemmschwelle der Aggression im sozialen Umfeld führen könnte. Es sind aber nicht die sog. „Killerspiele“ allein, welche manche Jugendliche zu Gewalthandlungen treiben. Wenn die Politik als finalen Schlag gegen Jugendgewalt am besten gleich den gesamten Markt der Ego-Shooter verbieten will, ist das ein Zeichen von Ignoranz gegenüber der Tatsache, dass die staatlichen Schutz- und Betreuungsfunktionen für Jugendliche, welche in einem gewalttätigen sozialen Umfeld aufwachsen in Deutschland bei weitem nicht ausreichen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb eine Stärkung der Medienkompetenz junger Menschen. Um diesen Prozess frühzeitig und effektiv einzuleiten muss diese Stärkung in Kinderbetreuungseinrichtungen, Kindergärten, sowie staatlichen Schulen begonnen und durch Streetworker- und Jugendbetreuungsprogramme fortgeführt werden. Nur dadurch werden Jugendliche an einen freien, kritischen und selbstreflektierenden Medienkonsum herangeführt. In diesem Sinne halten wir den Ausbau staatlicher Förderprogramme im Bereich der Jugendbetreuung für die sinnvollere, effektivere und nachhaltigere politische Maßnahme, als ein generalisiertes Verbot, welches noch nie der richtige Weg war, gesellschaftliche Missstände zu beheben. Sei es nun das Sozialistengesetz vor über hundert Jahren, oder sei es das Verbot von Cannabis, das bis heute gilt.